



TOP III Herausforderungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst

Titel: Herausforderungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst - Standortbestimmung und Entwicklungsperspektiven

EntschlieÙung

Auf Antrag des Vorstands der Bundesärztekammer (Drucksache III - 01) unter Berücksichtigung des Antrags von Dr. Wolfgang Wesiack, Dr. Wolf Römer, Dr. Horst Feyereabend und Dr. Wolf Andreas Fach (Drucksache III - 01a) fasst der 117. Deutsche Ärztetag 2014 einstimmig folgende EntschlieÙung:

Der 117. Deutsche Ärztetag 2014 fordert die Träger des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Bund, Ländern und Kommunen nachdrücklich auf, die Funktionssfähigkeit und damit die Aufgabenerfüllung des ÖGD durch dessen ausreichende Finanzierung und damit auch eine anforderungsgerechte Personalausstattung zu gewährleisten und nachhaltig zu sichern.

Dem ÖGD als dritter Säule des Gesundheitswesens mit seinen vorrangigen Aufgaben im Bereich der Bevölkerungsmedizin, der Prävention, der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsberatung kommt neben der ambulanten und stationären Versorgung ein besonderer Stellenwert zu. Die Aufgaben des ÖGD werden zunehmend durch die Entwicklung von Wissenschaft, Medizin und Technik, die wachsende Bedeutung des Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie durch die fortschreitende Gesundheits- und Sozialgesetzgebung geprägt. Die subsidiären bzw. komplementären Leistungsangebote der Gesundheitsämter - hier insbesondere in ihren sozialkompensatorischen Funktionen - ergänzen den ambulanten und stationären Bereich zu einem in allen Zweigen zusammenwirkenden Gesundheitswesen. Sein Ansatz ist dabei sowohl bevölkerungsmedizinischer als auch individueller Art.

Trotz der nach Bundesländern unterschiedlichen Rechtsgrundlagen lässt sich hinsichtlich des Aufgabenspektrums des ÖGD ein gemeinsamer bundesweiter Kernbestand an Aufgaben ausmachen. Diese umfassen insbesondere - neben Gesundheitsschutz (Hygiene, Trinkwasserüberwachung, Infektionsschutz, Umweltmedizin, Katastrophenschutz), Prävention, Gesundheitsförderung, Vorsorge und aufsuchende Hilfen sowie Aufklärung (zum Beispiel Kinder- und Jugendgesundheit, Schwangerenberatung, Sozialpsychiatrie, Suchtberatung, Prävention impfpräventabler Erkrankungen und Hilfen für Obdachlose) - auch Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsberichterstattung und Begutachtungswesen.

Die Ärztinnen und Ärzte des ÖGD sind nicht nur diagnostisch tätig, sondern treffen auch ärztliche Entscheidungen über die gesundheitliche Versorgung von Menschen und



vermitteln Hilfs- und Betreuungsangebote. Außerdem ist der ÖGD ein wesentliches Bindeglied bei der psychiatrischen Versorgung seelisch kranker Menschen sowie bei der Betreuung von chronisch Kranken oder Menschen mit Behinderung. Der ÖGD verfolgt hierbei einen sozialkompensatorischen Ansatz, sodass umfassende Hilfen - auch aufsuchende Hilfen - insbesondere für Menschen angeboten werden, welche sich in besonderen Problemlagen befinden und gerade deshalb keinen ausreichenden Zugang zum System der gesundheitlichen Versorgung haben. Hier eröffnet sich ein weites und zukünftig noch zu verstärkendes Feld der Zusammenarbeit zwischen den Ärztinnen und Ärzten des ÖGD mit den ambulant und stationär tätigen Ärzten.

Neben der Beratung in Fragen der Hygiene, des Monitorings und der Surveillance der Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen nehmen Ärztinnen und Ärzte des ÖGD ferner eine Reihe von Aufgaben wahr, durch die ein umfassender Gesundheitsschutz für die Gesamtbevölkerung gewährleistet wird, wie beispielsweise im Rahmen der Eindämmung und Bekämpfung von Infektionen und Pandemien. Darüber hinaus entscheiden die Gesundheitsämter über Isolierungsmaßnahmen bei der Bekämpfung von übertragbaren Erkrankungen. Um diese vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben im Bereich der Gesundheitsvorsorge und des Gesundheitsschutzes mit hoher Kompetenz erfüllen zu können, müssen hochqualifizierte Ärztinnen und Ärzte mit langjähriger klinischer Erfahrung für den ÖGD gewonnen und gehalten werden.

Perspektivisch ist bereits jetzt absehbar, dass sich der ÖGD zukünftig verstärkt auf die gesundheitlichen Folgen gesellschaftlicher Herausforderungen einstellen müssen. So wird die zunehmende Globalisierung durch den grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr neue Probleme mit sich bringen. Infektionskrankheiten werden durch den rasant ansteigenden Personenverkehr schneller verbreitet, und ein zunehmender Anteil der Bevölkerung wird besonderer gesundheitlicher Hilfen bedürfen. Darüber hinaus stellt bereits jetzt die wissenschaftlich-technische Entwicklung an den ÖGD neue Anforderungen im Hinblick auf die Risikoanalyse und -bewertung von Gesundheitsgefahren. Dies geht einher mit erhöhten Anforderungen an die fachliche Expertise. Weiterhin werden mit dem Klimawandel neue, von den Ärztinnen und Ärzten des ÖGD anzugehende gesundheitliche Belastungen auftreten.

Vor dem Hintergrund dieses breiten, anspruchsvollen und wachsenden Aufgabenspektrums fordert der 117. Deutsche Ärztetag 2014:

1. eine adäquate ärztliche Personalausstattung in den Gesundheitsämtern

Die derzeitige personelle Besetzung der ärztlichen Dienste in den Gesundheitsämtern wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht und ist seit Jahren rückläufig. Der nicht zuletzt durch die Novellierung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) im Bereich der Krankenhaushygiene in zentraler Rolle fungierende ÖGD verfügt nicht annähernd über die hierfür notwendigen personellen und sächlichen Ressourcen. Wiederholt forderten Deutsche Ärztetage von den Bundesländern



sowie den Kreisen und kreisfreien Städten hier eindringlich Abhilfe ein.

2. eine Aufwertung des Faches "Öffentliches Gesundheitswesen" in der medizinischen Ausbildung.

Inhalte des Faches Öffentliches Gesundheitswesen sollen im Medizinstudium eine höhere Gewichtung erhalten. Um Nachwuchs für dieses Fach zu interessieren, ist es notwendig, dass Famulaturen und Teile des Praktischen Jahres (PJ) im ÖGD abgeleistet werden können. Das wurde schon als Entschließungsantrag auf dem 115. Deutschen Ärztetag 2012 gefordert. Gemäß internationalem Standard ist an den Hochschulen ein eigenständiges Fachgebiet "Öffentliche Gesundheit" zu etablieren.

3. eine angemessene Bezahlung der im ÖGD tätigen Ärztinnen und Ärzte

Die Entschließung "Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes" der 86. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) vom 26./27.06.2013 fordert mit dem Ziel der Steigerung der Attraktivität des ÖGD für Ärztinnen und Ärzte eine angemessene Bezahlung in Anlehnung an den Tarifvertrag Ärzte - bislang jedoch ohne jeglichen Erfolg.

Derzeit verdienen hochqualifizierte Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern erheblich weniger als entsprechend qualifizierte Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern. Bereits jetzt gibt es infolge dieser unzureichenden Vergütungen einen eklatanten Personalmangel, welcher zu einem Ausbluten des ÖGD führen wird und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Gefahr geraten lässt. Der ÖGD kann so seinem gesellschaftlichen Auftrag - aber auch seinem eigenem Anspruch - als dritter tragender Säule des Gesundheitswesens nicht gerecht werden.

Deshalb fordert der 117. Deutschen Ärztetag 2014 die öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen auf, die schon seit Jahren laufenden Tarifverhandlungen für den ÖGD durch Vorlage konstruktiver und akzeptabler Angebote zum Abschluss zu bringen.

4. Der 117. Deutsche Ärztetag 2014 fordert eine obligate Leitung der Gesundheitsämter durch Ärztinnen und Ärzte.